

SIEDLUNGSPLANUNG «Pro Natura» verlangt alternative Wegführung für neue Wiesebrücke

«Wir sind verhandlungsbereit»

Die Zufahrt zur neuen Fussgänger- und Velobrücke über die Wiese soll am Naturreservat «Weilmatten» vorbeiführen. «Pro Natura» fürchtet nachteilige Auswirkungen auf Fauna und Flora und hat deshalb Einsprache erhoben.

Foto: zVg



Die Umweltorganisation «Pro Natura» hat gegen den Verbindungsweg von Weil zur geplanten neuen Fussgänger- und Velobrücke über die Wiese Einsprache erhoben – zum Schutz von Fauna und Flora in dem von ihr betreuten Naturreservat in den Weilmatten.

DIETER WÜTHRICH

Ursprünglich hätte die neue Fussgänger- und Veloverbindung über die Wiese in der Verlängerung des Erlensträsschens, die ein vermöglicher lokaler Mäzen der Gemeinde Riehen zum Geschenk macht (die RZ berichtete mehrfach darüber), am kommenden 16. September im Rahmen des autofreien «Slow up»-Erlebnistages feierlich eröffnet werden sollen. Die Komplexität der Planungsarbeiten führte indessen zu

Verzögerungen, sodass man seitens der Gemeinde zuletzt davon ausging, das Bauwerk erst Ende Februar 2008 seiner Bestimmung übergeben zu können.

Nun droht eine weitere Verzögerung. Denn im Rahmen des ordentlichen Baubewilligungsverfahrens hat die Naturschutzorganisation «Pro Natura» Einsprache gegen die geplante Streckenführung erhoben. «Pro Natura» wehrt sich dagegen, dass für den Weg zur Brücke in dem von ihr betreuten Naturreservat «Weilmatten»

eine rund fünfzig Meter lange, vor allem Vögeln als Unterschlupf dienende Hecke gerodet und zudem ein Teil des Damms mit einer grossen Eidechsenpopulation abgegraben werden sollen.

«Pro Natura» verlangt nun eine alternative Streckenführung. Dies sei relativ problemlos möglich, die künftigen Benutzer der Brücke müssten gegenüber der von der Gemeinde geplanten Route allerdings einen kleinen Umweg von rund 150 Metern in Kauf nehmen. Es dürfe nicht sein, dass die Förderung des Veloverkehrs zu Lasten der Natur gehe, schreibt «Pro Natura» in einem Mediencommuniqué. «Pro Natura»-Geschäftsführer Thomas Schwarze

betonte allerdings gegenüber der RZ, dass sich die Einsprache nicht gegen die neue Brücke richte, auch wenn damit ein bisher vom Durchgangsverkehr verschontes Gebiet stärker belastet werde. Da der «Landschaftspark Wiese» nicht nur dem Natur- und Grundwasserschutz, sondern auch der Erholung dienen soll, befürworte «Pro Natura» grundsätzlich einen Weg in der Nähe des Naturschutzreservates.

Vertrag bis 2015

«Pro Natura» beruft sich bei ihrem Rekurs auf einen mit der Gemeinde vor zehn Jahren abgeschlossenen so genannten Personal-Dienstbarkeitsvertrag für das Naturschutzreservat. Gemäss diesem Vertrag übernimmt «Pro

Natura» als Pächterin die Pflege des Reservates. Im Gegenzug verzichtet die Gemeinde Riehen während der Vertragsdauer auf jegliche baulichen Massnahmen im Reservat bzw. an dessen unmittelbarer Peripherie. «Die geplante Routenwahl widerspricht somit nicht nur dem kommunalen Richtplan, die Gemeinde Riehen würde damit auch einen von ihr selbst unterzeichneten Vertrag brechen», präzisiert Thomas Schwarze die juristische Sachlage,

die Richard Grass, Abteilungsleiter Tiefbau und Verkehr bei der Gemeinde Riehen, auf Anfrage der RZ bestätigte. Zu Beginn der Planungsarbeiten habe man diesem Sachverhalt wohl zu wenig Beachtung geschenkt, räumt Grass ein. Nach der Rekurseingabe der «Pro Natura» habe man dann auf eine Kompromisslösung gehofft.

Ein solcher Kompromiss scheint immerhin möglich, denn beide Seiten betonten gegenüber der RZ, durchaus verhandlungsbereit zu sein. «Wir könnten uns mit der ursprünglichen Streckenführung anfreunden, sofern die Gemeinde bereit ist, mit geeigneten Massnahmen sicherzustellen, dass die ökologische Qualität des Reservates mindestens auf dem gleichen Niveau erhalten bleibt», erklärte Thomas Schwarze.

Gute Chancen für eine Ausnahmegewilligung

Doch die Einsprache von «Pro Natura» ist nicht das einzige Hindernis, das es vor dem Bau der Brücke noch aus dem Weg zu räumen gilt. Denn das ganze Gebiet um die Brücke liegt in der Grundwasserschutzzone S2a. Dort sei wegen der unmittelbaren Nähe der

Grundwasserpumpen eigentlich jegliche Bautätigkeit strikte untersagt, stellt Jürg Hofer, Leiter des kantonalen Amtes für Umwelt und Energie (AUE), klar. Allerdings gilt auch hier: Kein Gesetz ohne Ausnahme. Die Chancen, dass der Kanton der Gemeinde eine solche Ausnahmegewilligung erteilt, betrachtet Hofer als «recht gut». Voraussetzung ist indessen, dass wie beim Bau der Zollfreistrasse insbesondere bei der Verankerung der Stützpfiler für die Brücke die strikten Gewässerschutzvorschriften eingehalten werden. Zudem muss die Gemeinde nachweisen, dass für den Bau der Brücke ein übergeordnetes öffentliches Interesse besteht.

Derzeit liegt das Baugesuch für den Weg beim kantonalen Bauinspektorat. Ob und unter welchen Auflagen der Kanton dem Gesuch stattgibt, ist derzeit noch offen. Normalerweise dauere ein solches Verfahren rund drei Monate. Das öffentliche Planaufstellungsverfahren für die Brücke sei hingegen letzte Woche ohne Einsprachen abgeschlossen worden. So oder so sei der Februar 2008 als bisher von der Gemeinde kommunizierter Eröffnungstermin für die Brücke ziemlich optimistisch, so Richard Grass.